

CH_VB 84.052 vom 27. November 1984

Bundesverwaltung, 1984-11-27, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_84.052

FR: CH_VB 84.052 du 27 novembre 1984

IT: CH_VB 84.052 del 27 novembre 1984

Erwägungen

E. 27

novembre 1984 nur über den Weg der rigorosen Ausgabendisziplin. Nur ein ausgeglichener Haushalt gibt unserem Staat die dringend notwendige Handlungsfreiheit zur Lösung künftiger Probleme zurück. Wir wollen das in unseren Kräften Stehende beitragen, um dieses Zwischenziel zu erreichen. In diesem Sinn stimmt die CVP-Fraktion dem Budget 1985 sowie dem revidierten Finanzplan zu. Präsident: Für die sozialdemokratische Fraktion sprechen die Herren Eggenberg und Renschier bei entsprechender Beachtung der Gesamtredezeit. Herr Eggenberg hat das Wort zum Budget. Eggenberg-Thun: Ich habe nicht die Absicht, in besonders budgetspezifischer Weise alle die Elemente zu wiederholen, die sie jetzt schon gehört haben. Es wäre allerdings für mich verlockend, die wiederum angezogene *taxe occulte* einmal mehr unter die Lupe zu nehmen. Wir haben schon einmal die Klagen gekreuzt. Ich schliesse mich aber dem Dank an das Bundespersonal, wie ihn der Fraktionssprecher der CVF ausgedrückt hat, sehr gerne an. Dieser Dank gefällt mir besser als die recht fragwürdigen Lohndurchschnittsrechnungen seines Vorredners, des Kollegen Basler. Mir ist in den Beratungen der Kommission aufgefallen, dass der Legislaturfinanzplan des Bundesrates zeitweise doch völlig falsch interpretiert und als sehr starres Element in die Diskussion einbezogen wird. Die Finanzkommission hatte den Auftrag, Abweichungen des Voranschlages zum Legislaturfinanzplan zu überprüfen, und sie glaubte auch, damit wesentliche Beurteilungskriterien herausfinden zu können. Aber diese Vergleichsmöglichkeit besteht nur, wenn die politische Priorität zwischen Legislaturfinanzplan und Budget gleich bleibt, und da das nicht ausdrücklich bei jeder Position angeführt wird, sind diese Vergleichszahlen zu relativieren. Das Budget wird vielfach als zu optimistisch dargestellt; ich war ursprünglich nicht dieser Meinung, ich komme indes doch langsam zum Schluss, dass bei einem solchen Parlament das Budget tatsächlich einen bestimmten Optimismus aufweist. Was nützen uns Grundsatzklärungen? Sie haben jetzt eine ganze Reihe gehört. Einige Hessen fast keinen guten Faden am Budget, aber in der Finanzkommission haben alle diese Vorredner ebenfalls zugestimmt. Es gab eine einzige Enthaltung. Wir brauchen also nicht Grundsatzklärungen, sondern wir brauchen irgendwo Frankenbeträge, die gestrichen werden. Auch die sozialdemokratische Fraktion ist bei diesem Sparkonzept anzutreffen. Aber auch sie bringt - wie alle ändern - Vorbehalte an. Der Budgetausgleich ist für uns eine finanzpolitische Zielsetzung und darf nicht Selbstzweck werden. Wir lassen uns das nicht wegfahren, was in der Vergangenheit, heute und auch in Zukunft wesentlicher Inhalt unserer politischen Arbeit ist und sein wird. Wir beziehen uns da nicht etwa auf das Parteiprogramm, sondern auf Artikel 2 der Bundesverfassung: Die Förderung der Wohlfahrt ist eine dieser Bundeszielsetzungen; man kann dann eben nicht alles privatisieren, was in irgendeiner Form tragbar ist, und alles dem Staat überbinden, was in keiner Ecke mehr rentiert. Zum ändern ist der Schutz nach aussen eine Staatsaufgabe, d. h. die

Landesverteidigung. Wir sind der Meinung, dass gerade in diesem Budget die Verhältniszahlen zwischen Landesverteidigung einerseits und sozialer Wohlfahrt andererseits wiederum vermehrt überprüft werden müssen. Für uns liegt die Stärke des Zaunes der militärischen Landesverteidigung nicht einfach in einem äusseren Bedrohungsbild, sondern die Stärke dieser Landesverteidigung gründet sich weitgehend auch auf den Wert des Gebäudes der sozialen Wohlfahrt. Auf Seite 10* in der Botschaft zum Budget haben Sie die Tabelle, die Ihnen aufzeigt, dass die Armee, die Landesverteidigung, wiederum im ersten Rang steht und die Wohlfahrtsbemühungen des Staates übertroffen hat, wenn auch nur sehr knapp. Wir haben dabei, wenn wir schon bei der Landesverteidigung sind, auch die zusätzlichen Belastungen von 300 Millionen Franken, die nicht berücksichtigt sind und von denen alle bis jetzt annehmen, dass sie kommen werden. Wir haben in der Sektion 3 der Finanzkommission zudem feststellen können, dass die vorgesehene Kompensation innerhalb der Legislatur nicht möglich sein wird. Aber es wird an sich noch schlimmer, denn die beschleunigte Beschaffung des Léopards schafft an sich keine finanzielle Kompensationslücke, weil neue, schon vorhandene Grossprojekte automatisch vorgezogen werden müssen. Damit wird die Finanzierungsspitze, wenn wir nicht aufpassen, zum Dauerzustand, und die Kompensationsquoten addieren sich, auch wenn sie auf längere Jahresfristen verteilt werden, über die verschiedenen Projekte zu Beiträgen, die innerhalb der gesetzten Legislaturfristen nicht mehr abgebaut werden können. Unsere Schlussfolgerung daraus: Sonderfinanzierungen, wie sie beim Leopard vorgesehen sind, dürfen nicht eine Art «Tischlein deck dich» werden, sondern müssen Ausnahmefall bleiben. Die sozialdemokratische Fraktion beantragt Ihnen Eintreten auf den Voranschlag. Über Stellenbegehren und den Bericht des Bundesrates zur Arbeitszeitverkürzung wird Sie Kollege Renschier im Namen der Fraktion unterrichten. Ich beziehe mich noch auf den ausgeteilten Bericht des Rechnungsmodells und teile Ihnen mit, dass wir diesen Bericht der Finanzkommission befürworten; desgleichen stimmen wir mehrheitlich den Motionen 1 und 2 der Finanzkommission zu. Gestern hat Herr Reichling in den Saal gerufen: «Mit dem Sparen ist das so eine Sache ...!» Wir sind einverstanden mit diesem Satz. Wir haben uns auch heute morgen hier um die Sparbrocken gestritten wie die Kinder um die «Hochzeitstafel!» auf der Strasse. Wenn wir die Ausführungen unseres neuen Präsidenten ernst nehmen wollen, die er gestern bei seiner Wahl gemacht hat, sind wir gezwungen, über die Fraktionen hinweg endlich politisch tragbare Lösungen zu suchen, sei es bei der Aufgabenteilung, bei den Sparmassnahmen oder bei den Bagatellsubventionen. Vor allem müssen wir - das ist das Wesentliche - nicht nur das Sparen, sondern auch die Neueinnahmen neu konzipieren. Das Neinsagen gegenüber den bundesrätlichen Vorschlägen allein genügt nicht. Wenn wir diese Vorschläge schon ablehnen - Herr Feigenwinter hat darauf hingewiesen, dass da noch etwas in der Luft liegt oder sehr fraglich ist -, dann müssen wir wenigstens nach Alternativen suchen. Dabei kommen wir nicht darum herum, uns zu bemühen, die politischen Monologe durch Dialoge zu ersetzen; denn die Diagnose, die der Präsident gestern gemacht hat, dass wir uns politisch laufend abwerten, behagt mir, und ganz besonders der sozialdemokratischen Fraktion, nicht. Renschier: Es sind nun bald vier Jahre her, seit der Föderativverband des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe das Begehren auf Einführung der 42-Stunden-Woche in einer Eingabe an den Bundesrat stellte. Auf den 1. Juni 1982 hätte, nach unserer Auffassung, das Begehren verwirklicht werden sollen. Nach der Ablehnung der ersten Vorlage des Bundesrates durch das Parlament will nun, wie Sie wissen, der Bundesrat die Arbeitszeit auf den 1. Juni 1986 um zwei Stunden reduzieren. Der Entscheid

des Bundesrates - das muss hier deutlich gesagt werden - ist keine Verständigungslösung mit den Personalverbänden. Im Sinne eines noch akzeptablen Kompromisses schlug der Föderationsrat die Einführung der 42-Stunden-Woche auf den 1. Juni 1985 vor. Diese Rückblende und die Klarstellung ist notwendig, um aufzuzeigen, dass die Geduld der Personalverbände im Übermass strapaziert wird. Wäre die 42-Stunden-Woche, wie ursprünglich gefordert, auf den 1. Juni 1982 in Kraft getreten, hätte der Bund im Vergleich zu anderen Arbeitgebern das Prädikat der verhältnismässigen Fortschrittlichkeit verdient. Jetzt fällt ihm die Rolle zu, unrühmliches Aushängeschild rückständiger Arbeitgeber zu sein. Seit 1982 sind in

E. 30

bis 40 Branchen Arbeitszeitverkürzungen erfolgt oder beschlossen worden. Eines der jüngsten Beispiele ist das Bankgewerbe. Neben Teuerungsausgleich und Reallohnerhöhungen wurde die 42,5-Stunden-Woche auf Mitte 1986 vereinbart.

27. November 1984 N 1537 Voranschlag der Eidgenossenschaft 1985 Herr Basler, Sie haben - wenn ich Sie recht verstanden habe - einen Vergleich mit einer Exportfirma angestellt und dabei festgestellt, dass die Personalkosten pro Einheit beim Bund höher liegen als bei dieser Firma. Sie hätten vielleicht besser mit den Banken verglichen, denn dann hätten Sie vermutlich festgestellt, dass die Personalkosten bei den Banken höher liegen als beim Bund. Und da Sie die Schlussfolgerung zogen, dass die Arbeit dort verrichtet werden muss, wo die Personalkosten am billigsten sind - beim öffentlichen Sektor wollen Sie ja aus diesem Grunde privatisieren -, wären Sie bei den Banken gezwungenermassen zum Schluss gekommen, dass die Banken verstaatlicht werden müssten, weil sie so geringere Personalkosten pro Einheit verursachen würden! Übrigens, der Durchschnittslohn von 68 000 Franken pro Person und Jahr ist eine recht hübsche Summe, das gebe ich zu. Aber Sie sagten ja selbst, Herr Basler, das sei der Lohn in der 13. Besoldungsklasse. Die personalstarken Lohnkategorien liegen in ihrer Jahresbesoldung weit tiefer als der Durchschnittslohn, und niemand, auch das Bundespersonal nicht, kann mit Durchschnittslöhnen Mieten, Krankenkassenprämien und Lebensmittel bezahlen, sondern nur mit dem Lohn, der tatsächlich ausbezahlt wird. Pharisäerhaft, Herr Basler, schien mir noch Ihr Argument, das Bundespersonal verfüge über sichere Arbeitsplätze. Sie wollten damit eigentlich andeuten, dafür dürfe es auch ein bisschen billiger arbeiten! Wie sicher diese Arbeitsplätze sind, hat sich gerade vor kurzem wieder gezeigt, als der Schulrat beschloss, das ETH-Institut für Hochbauforschung zu schliessen. Bei diesem Entscheid waren Sie als Mitglied des Schulrates massgeblich beteiligt. Sie können einmal die Mitarbeiter dort fragen, wie sicher sie ihre Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor - bei der ETH - finden. Also in diesem Punkt, Herr Basler, predigen Sie öffentlich Wein und schenken Wasser aus. Die Arbeitszeitverkürzung scheint hier im Parlament mehrheitlich nicht mehr bestritten zu sein, hingegen ist offenbar - und das ging aus einigen Voten hervor - die Bereitschaft noch nicht vorhanden, die Konsequenz aus der Arbeitszeitverkürzung zu akzeptieren: die notwendige Stellenvermehrung. Dem Bundespersonal soll die Arbeitszeitverkürzung grosszügig zugestanden werden, die es sich dann mit erhöhtem Stress selbst erkaufen muss. Wenn der Bundesrat den Stellenbedarf für die Einführung der 42-Stunden-Woche 1984 gegenüber 1982 um rund die Hälfte reduzierte, ist daraus nicht abzuleiten, dass mit der Fortsetzung der Verweigerungspolitik punkto Stellenbewilligung die Arbeitszeitverkürzung schliesslich zum Nulltarif einzuhandeln ist. Wer die Begründung für den geringeren Stellenbedarf sachlich überprüft, muss zugeben, dass ihr nicht die

Bockbeinigkeit des Parlamentes, sondern veränderte Rahmenbedingungen zugrunde liegen. Stichworte dazu sind: Rationalisierungsmassnahmen, Leistungsabbau und Abbau des Verkehrsvolumens bei den SBB. Dass der Bundesrat die Zahlen für die Arbeitszeitverkürzung in bezug auf die notwendigen Stellen immer wieder ändert (sie sind ja schon mehrmals geändert worden), erzeugt natürlich etwas Unsicherheit und scheint das ausgewiesene Bedürfnis an zusätzlichen Stellen zu relativieren. Aber ich kann Ihnen sagen: Solche ausgewiesenen Bedürfnisse sind tatsächlich vorhanden bei den PTT, beim Zoll und beim EMD für die Unterhaltsbetriebe, wo dringend Personal notwendig ist. Allein auf den Militärflugplätzen fehlen beispielsweise beim Bodenpersonal bereits über 100 Arbeitskräfte, auch ohne Arbeitszeitverkürzung. Die nicht kompensierte Überzeit beträgt insgesamt 50 000 Stunden, oder vier Wochen pro Mann. Unter solchen Verhältnissen wird wohl niemand behaupten können, die Arbeitszeitverkürzung lasse sich ohne zusätzlichen Personalaufwand, d. h. zusätzliche Stellen, verwirklichen. Nachdem der Bundesrat darauf verzichtet hat, mit der Zustimmung zu seinem Bericht zugleich die 80 Stellen für die PTT-Betriebe zu bewilligen, ist mir unverständlich, weshalb vom Bericht nicht schlicht und einfach in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen werden kann. Denn mit dieser Zustimmung zum Bericht wird nicht eine einzige Stelle bewilligt. Das ist ja Gegenstand des Budgets. Ich kann mich dem Entscheid des Ständerates zum Bericht anschliessen. Ich habe selbst hier im Rat einen entsprechenden Antrag gestellt, dem Ständerat in seiner Beschlussfassung zu folgen. Das hat in der Zwischenzeit unsere Finanzkommission erfreulicherweise auch getan. Es bleibt jetzt noch der Ergänzungsantrag von Kollege Salvioni. Ich halte diesen für sinnvoll. Ich bitte, ihm zuzustimmen. Dadurch entsteht kein Differenzbereinigungsverfahren, denn bei der Beschlussfassung über Berichte des Bundesrates müssen die beiden Räte nicht gleichlautende Entscheide fällen. Wir können also dem Ergänzungsantrag von Kollege Salvioni, der eine Präzisierung darstellt, zustimmen. Ziel: Mit dem nächsten Jahr bestehen dann 15 Jahre lang Defizite im Bundeshaushalt, und während dieser 15 Jahre haben wir für 13 Milliarden Franken mehr ausgegeben als eingenommen. Dieser Trend wird auch mit dem neuen Budget nicht gebrochen. Seit vielen Jahren beherrscht in unserer eidgenössischen Politik das Gezänk um Franken die Szene. Das führt dazu, dass wir eigentlich überhaupt keinen Spielraum mehr haben, um Politik zu betreiben, um Aufgaben zu lösen, die auch an uns zur Gestaltung der Zukunft herangetragen werden, weil es eben am Geld fehlt und wir uns hier darum balgen. Und das ist das Problem, weshalb wir eigentlich viel mehr sparen müssen: damit wir wieder mehr Spielraum bekommen, um zu politisieren. Aber wie das so geht, haben Sie heute morgen wieder erlebt und mitgemacht. Die Wahrheit sieht etwas anders aus. Zwar ist ein Haushaltsausgleich nicht das Ziel schlechthin. Er ist aber ein Mittel zum Ziel, und wir sollten eigentlich eine Politik anvisieren, mit der wir bei vernünftigen wirtschaftlichen Verhältnissen - und die besten - den Haushaltsausgleich erzielen können. Das muss doch nach wie vor das Bestreben sein. Davon sind wir aber weit entfernt. Positiv ist, dass wir zum erstenmal seit langem Budget und Finanzplan nun gemeinsam behandeln können. Wir müssen also nicht blind irgend etwas beschliessen, sondern wir wissen ganz genau, wohin in den nächsten Jahren finanziell die Reise geht. Wir haben klare Fakten auf dem Tisch. Das Zweite, das ich als positiv ansehe, ist der feste Wille des Bundesrates. Er hat gezeigt, wie man den Haushaltsausgleich erzielen kann, und führt eigentlich wenige der berühmten «non valeurs» mehr in seinem Finanzplan. Nun ist der Ball bei uns; die Verantwortung haben wir. Und damit bin ich beim Negativen angelangt: Ich habe es seit Jahren erlebt: In der Bundesversammlung dominiert letztlich doch nicht der Wille, einen

Haushaltsausgleich durchzuführen, sondern letztlich wird immer unter dem Eindruck von momentanen Situationen Geld ausgegeben. Das ist Tatsache. Schauen wir den Haushalt mit diesem geringen Defizit noch etwas näher an. Es ist Ihnen von verschiedenen Sprechern vorhin geschildert worden, dass das Defizit nächstes Jahr wesentlich höher sein wird. Wenn alles schief geht und wenn der Raubzug auf die Bundesfinanzen auch noch rückwirkend beim Treibstoffzollertrag gemacht wird, sind wir rasch bei 1,3 Milliarden Ausgabenüberschuss, und dann wird es ungemütlich. Denn ein solches Defizit lässt sich in einer Wirtschaftssituation, in der wir stehen, nicht rechtfertigen. Unsere Wirtschaft befindet sich nach wie vor im Aufschwung, und in einer solchen Phase dürfen wir nicht mit derartigen Haushaltsausgabenüberschüssen auftreten. Die anderen zusätzlichen Ausgaben, die ja kommen, sind Ihnen auch aufgeschlüsselt worden. Der Bundesrat hat ganz genau gezeigt, wie es ausgehen wird. Nächste Woche werden zweifellos der Nationalrat wie der Ständerat es ablehnen, die Kantone an den Kosten des Regionalverkehrs zu beteiligen: als Kompensation für die Treibstoffzollmillionen. Auch wenn das an sich richtig wäre und auch den Überlegungen der Gesamtverkehrskonzeption entspricht. Es wäre vernünftig, dass diejenigen, die gemeinwirtschaftliche Leistungen fordern, auch einen Teil übernehmen, dann wissen

Budget de la Confédération 1985 1538 N 27 novembre 1984 sie genau, was sie fordern und warum. Aber das wird ja zweifellos so gehen wie im Ständerat. Wir wenden zusammen mit dem Panzer mindestens 500 Millionen Mehrausgaben auf. Von den Nachtragskrediten im nächsten Jahr will ich gar nicht sprechen. Also sieht es nicht so rosig aus. Die Gefahr besteht, dass man nun glaubt, weil der Bundesrat klar gezeigt hat, wie man einen Haushaltsausgleich erzielen kann, sagen zu dürfen, es sehe alles schon besser aus; wir müssten nicht mehr so scharf aufpassen. Kommt noch hinzu: Wenn wir effektiv so die Ausgaben verbuchen würden, wie es eigentlich nötig wäre - wenn beispielsweise die Arbeitgeberbeiträge an die Versicherungskasse nicht wie heute über die Rechnung der Vermögensänderungen, sondern in die Finanzrechnung übernehmen, wie auch die Verzinsung des auf den Bund entfallenden Teils des Defizites der Versicherungskasse -, kämen weitere fast 700 Millionen Franken hinzu. Künftig wird es ja so vorgenommen werden müssen. Dann sehen wir effektiv die Lage. Sie ist also wesentlich weniger rosig, als man glaubt. Die Daten, auf denen der Voranschlag sonst basiert, sind recht vorsichtig. Der Bundesrat geht von einem realen Wachstum von 1,3 Prozent aus. Das hat er natürlich Mitte Jahr, als er den Voranschlag aufgestellt hat, aufgrund der damaligen Fakten so errechnen müssen. Heute gehen die neuesten Schätzungen sowohl der Konjunkturforschungsstelle an der ETH wie auch der Basler Arbeitsgruppe für Konjunkturprognosen von 2,1 bis 2,2 Prozent Realwachstums aus, also etwas mehr. Die Teuerung hat der Bundesrat mit 2,5 Prozent angenommen. Hier gehen die Meinungen etwas auseinander. Mir scheinen 2,5 Prozent eher etwas optimistisch. Sie wissen ja, was die Teuerung bedeutet: In der ersten Phase bringt sie etwas mehr Warenumsatzsteuereinnahmen, aber dann zeigen sich sofort Folgen bei den Ausgaben. Hier hat man, einigermaßen vorsichtig, die Eckwerte eingesetzt. Korrekturen in der künftigen Politik sind sicher unerlässlich, wenn wir den Haushalt sanieren wollen. Herr Eggenberg hat davon gesprochen, dass mit Grundsätzen nichts getan sei; man müsse mit Franken sparen. Es werden schon noch einige Anträge kommen, bei welchen Sie dann zeigen können, wie Sie mit Franken sparen. Zur Arbeitszeit: Unsere Fraktion unterstützt die Verkürzung der Arbeitszeit, die auf Mitte 1986 erfolgen soll, aus verschiedenen Gründen. Ich gehe nicht auf die grossen psychologischen und anderen Überlegungen ein, die hier angestellt worden sind; wir können schlicht und einfach davon

ausgehen, dass der grösste Teil der Arbeitnehmer in der Schweiz auf diesen Zeitpunkt hin eine Arbeitszeitverkürzung erhält. Ein Teil der Arbeitnehmer hat bereits heute kürzere Arbeitszeiten. Ich sehe also nicht ein, wieso nicht auch das Bundespersonal davon profitieren sollte. Zuständig ist bekanntlich der Bundesrat, aber über die Folgen haben wir zu entscheiden. Deshalb wird dieses Problem richtigerweise jetzt beim Budget behandelt. Der Bericht, den wir erhalten haben, ist ja völlig unverbindlich. Sie können davon Kenntnis nehmen, ihn ablehnen, ihm zustimmen; das hat überhaupt keine Wirkung. Es gibt bei einem Bericht im Prinzip nur die Kenntnisnahme, sonst nichts. Nach wie vor hat das Bundesgesetz über Massnahmen zur Verbesserung des Bundeshaushaltes Geltung. Deshalb brauchen wir im Prinzip auch keinen Zusatz dazu; es ist selbstverständlich, dass dieses Gesetz gilt. Noch ein Blick auf die heutige Lage. Nach den neuesten BIGA-Zahlen betrug die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit in der Schweiz im ersten Quartal dieses Jahres 42,9 Stunden. Im Betrieb waren es 43 Stunden und im Büro 42,5 Stunden. In der Maschinenindustrie waren es 42,6 Stunden, im Bereich der Dienstleistungen insgesamt - was massgebend ist beim Bundespersonal - 43 Stunden, sowie beim Handel 42,2 Stunden. Die höchste Arbeitszeit hat die Holz- und Möbelindustrie mit 44 Stunden und die kürzeste das graphische Gewerbe mit 40,2 Stunden. Sie sehen also, dass heute schon, obschon das öffentliche Personal, insbesondere das Bundespersonal, eine längere Arbeitszeit hat, der Durchschnitt tiefer ist. Wenn Sie noch berücksichtigen, welche Verbesserungen für die nächste Zeit in den Verträgen geregelt worden sind, dann, glaube ich, dürfen wir auch dem Bundespersonal kürzere Arbeitszeiten gewähren. Allerdings ist das kein Freipass für weitere Einstellungen von Personal. Hier gehen die Meinungen auseinander. Wir haben in der Finanzkommission, soweit das ging, versucht, nach Bereichen zu untersuchen, wo eine Erhöhung gerechtfertigt ist. Ich persönlich empfehle Ihnen Zustimmung zu den Anträgen der Finanzkommission, weil wir der Meinung sind, dass sich im Augenblick beim Bund keine weitere zusätzliche Einstellung rechtfertigen lässt. Bei den PTT-Betrieben, die wir hier auch kurz behandeln müssen, obwohl wir nachher beim PTT-Budget darüber entscheiden, haben wir gesehen, wie plötzlich von den vielen Stellen, die angeblich nötig waren, nur noch 1111 übrigblieben, die man braucht, inklusive Verkehrszunahme. Die Mehrheit der Finanzkommission schlägt Ihnen 860 vor. Im heutigen Moment sind diese durchaus genügend; sie erlauben auch, dass bei den PTT-Betrieben die Arbeitszeit verkürzt wird, und dass gleichzeitig, was Bedingung war, die Zeitungsverteilung aufrechterhalten wird. In dem Sinne nehmen wir vom Bericht Kenntnis. Massgebend für die Folgen, sowohl finanzieller Art als auch bezüglich Bestand des Personals, sind die konkreten Anträge beim Budget. Lüchinger: Die freisinnig-demokratische Fraktion stimmt dem Voranschlag nach den Anträgen der Finanzkommission im wesentlichen zu. Die Fraktion stimmt ferner dem Antrag der Finanzkommission zu, sich hinsichtlich der Arbeitszeitverkürzung dem Beschluss des Ständerates anzuschliessen. Aus der Beurteilung des Voranschlages greife ich nur ganz wenige Punkte heraus. Der Bundesrat hat die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen positiv eingeschätzt. Wir hoffen, dass er damit recht behalten wird. Falls nämlich das Wirtschaftswachstum kleiner ausfällt, wird sich das Defizit in der Bundeskasse erhöhen. Das Budget geht ferner davon aus, dass unser Parlament keine neuen Ausgaben und keine Reduktionen bei den Einnahmen beschliessen oder erzwingen wird (z. B. SBB-Tarife). So wie es jetzt aussieht und wie wir es heute vormittag erlebten, trifft diese Annahme des Bundesrates leider kaum zu. Vergleichen wir die Situation mit dem ursprünglichen Legislaturfinanzplan, so stellen wir fest, dass die direkte Bundessteuer und auch die Stempelsteuer sehr wesentliche Mehrerträge

hereinbringen. Der grösste Teil dieser Mehrerträge ist aber nach dem Voranschlag schon wieder ausgegeben. Im Jahre 1985 werden wir noch rund 200 Millionen Franken für das Arbeitsbeschaffungsprogramm ausgeben, und eigentlich ist da ein Widerspruch festzustellen. Einerseits rechnen wir mit einem Wirtschaftswachstum - auch im Budget -, und gleichzeitig greift der Bund mit Stützungs- massnahmen in diese Wirtschaft ein, die sich nach seiner eigenen Auffassung wieder erholt. Die Finanzkommission hat sich wiederholt mit den Fragen im Zusammenhang mit der eidgenössischen Versicherungskasse beschäftigt. Sie wird über diesen Fragenkomplex im Februar des kommenden Jahres eine spezielle Seminartagung durchführen. Die freisinnig-demokratische Fraktion ist der Meinung, dass unser Ratsplenum möglichst bald die Gelegenheit erhalten sollte, sich mit diesem Fragenkreis zu befassen. Was die Arbeitszeitverkürzung betrifft, ist die freisinnig-demokratische Fraktion der Meinung, dass die Bundesverwaltung eine grosse und konzentrierte Sonderanstrengung unternehmen muss, um dieses Ziel ohne Stellenvermehrung zu erreichen. Wir müssen feststellen, dass wir von einer solchen Sonderanstrengung bisher noch wenig verspürt haben. Die FDP-Fraktion will den vor einigen Jahren eingeschlagenen Weg zu einem ausgeglichenen Bundeshaushalt weitergehen. Unsere Bürger lassen keinen Zweifel darüber beste-

27. November 1984 N 1539 Voranschlag der Eidgenossenschaft 1985
hen, dass sie diesbezüglich vom Parlament einen Erfolg erwarten. Sie werden sich nicht durch unsere Unentschlossenheit dazu zwingen lassen, mehr Steuern zu bezahlen! M. Carobbio: Avant d'examiner de près les objets en discussion, je me permets, au nom du groupe PdT/PSA/POCH, de faire une remarque d'ordre politique générale. Nous avons l'impression qu'en maintes occasions ce Parlement - ou tout au moins plusieurs de ses membres - que ce soit lors des séances de commission ou au plénum, fait preuve d'une attitude politique préoccupante et à courte vue, face aux problèmes et aux tâches que la situation économique et sociale de notre pays pose aujourd'hui aux pouvoirs publics. Pour confirmer cette constatation, il me suffit de rappeler deux ou trois faits concrets. Le premier est la façon avec laquelle on est en train d'examiner la question de la réduction de l'horaire de travail du personnel fédéral. La proposition d'introduire la semaine de 42 heures a, en effet, été refusée une première fois, renvoyée plusieurs fois. Aujourd'hui elle est réduite à un marchandage d'épicier à propos du crédit de 1,2 million pour 60 aspirants gardes-frontières. Le deuxième élément est l'absurdité d'une politique purement comptable dans des domaines vitaux pour l'avenir du pays. On a bien cherché, ce matin, à corriger cet état de choses par le biais de votes qui ont été possibles grâce à des alliances assez étranges. N'oublions toutefois pas que le Conseil des Etats doit encore se prononcer et pourra très bien maintenir ses positions. Trop souvent aux beaux discours sur l'importance de ne pas perdre pied face à l'évolution du monde répondent des comportements pratiques allant en sens contraire avec la réduction de certains crédits. Pour finir, l'attitude trop prudente dans le domaine pourtant important - le dernier rapport du Conseil fédéral sur le dépérissement des forêts le prouve - de la politique de la protection de l'environnement, mais aussi de la politique sociale, notamment à propos des mesures de prévention en ce qui concerne la santé, attitude qui contraste fortement avec la propension à dépenser plusieurs milliards pour l'acquisition d'un char dont l'utilité est encore à démontrer. La responsabilité de cette politique revient avant tout à la majorité de ce Parlement, mais retombe, du moins partiellement, aussi sur le Conseil fédéral bien qu'il montre une attitude plus positive. Cependant, à mon avis, il fait également preuve d'une prudence exagérée. Prudence que l'on peut comprendre en tenant compte des majorités sur lesquelles il peut compter, mais qui n'est

pas moins critiquable. Une telle politique- et ce n'est pas la première fois que nous le faisons - doit être dénoncée et critiquée au-delà des chiffres et des mesures particulières. Elle devrait aussi faire réfléchir au moins un des grands partis gouvernementaux: le Parti socialiste suisse. Comme l'a clairement démontré toute une série de décisions prises lors de son congrès de St-Gall, il y a quinze jours, la critique d'une telle politique doit se renforcer. Cela dit, permettez-moi d'examiner rapidement les trois sujets dont nous sommes saisis. Pour commencer, considérons la question de la réduction de l'horaire de travail du personnel fédéral. Il va de soi que notre groupe prend acte et approuve le rapport du Conseil fédéral en la matière. Il soutient la proposition de réduire à 42 heures, à partir de 1986, l'horaire hebdomadaire de travail du personnel. A notre avis, une telle mesure est pleinement justifiée et elle n'a déjà que trop traîné. Il ne faut pas oublier- on l'a déjà rappelé - que l'horaire de 44 heures pour le personnel fédéral est en vigueur depuis 1968. Durant ce temps, des progrès, quoique encore insuffisants, ont été accomplis dans l'économie privée. Sur ce point - à part M. Oehen dont j'ai écouté les arguments captieux, car il fait un discours partiellement correct pour aboutir à une fausse conclusion proposant la non-réduction de l'horaire de travail - il semble bien que la majorité de cette salle lui soit acquise. Mais si cela est vrai, ce dont je doute encore, je note qu'en revanche l'opposition qui s'est développée à la suite de la demande du Conseil fédéral d'accroître les effectifs, soit dans le cadre de l'examen du rapport, soit dans celui du budget 1985, est inacceptable, injustifiée et discutable. D'autant plus que le Conseil fédéral a fait preuve d'une volonté, parfois excessive même, de solliciter une augmentation de personnel strictement nécessaire. En pratique, 560 places de plus, puisque les 1320 places pour les PTT- il ne faudrait pas les oublier- sont financées par l'entreprise elle-même, c'est-à-dire par ceux utilisant les services des postes, téléphones et télégraphes. La régie des PTT versant d'ailleurs à la Caisse fédérale 150 millions pris sur son bénéfice. A propos de l'augmentation des effectifs, nous devons émettre des réserves au sujet de la solution prévue pour les Chemins de fer fédéraux. Solution qui prévoit que les 1060 places supplémentaires, nécessaires pour l'introduction de l'horaire de 42 heures, devront être complètement absorbées par des mesures de rationalisation. Sans nier l'opportunité de telles mesures, nous ne voudrions pas qu'elles se fassent aux dépens des prestations et des travailleurs soumis à de plus lourdes charges. Dans le cadre du rapport et du budget, notre groupe appuiera donc les demandes d'augmentation des effectifs proposées par le Conseil fédéral et s'opposera aux diverses suggestions contraires. Du reste, j'ai déposé une demande d'approbation formelle du rapport du Conseil fédéral sur la question de la réduction de l'horaire de travail. Pour moi, c'est un problème de principe. Dans ce document, le Conseil fédéral a fait une proposition objective et raisonnable. Il faut donc l'appuyer dans cette opération. Il est évident - c'est la tâche du gouvernement - que l'augmentation des effectifs devra être faite uniquement dans les secteurs où cela est nécessaire. Refuser l'approbation de ce rapport est en réalité une façon pour éviter une prise de position publique contre la réduction de l'horaire et revient à chercher de mettre à la charge des travailleurs les frais de l'opération. A ce propos, la politique d'épicier dont ont fait preuve beaucoup d'entre vous, au sein des commissions, est contraire aux intérêts de la population, de l'Etat et du personnel. Il me suffit de citer ici l'attitude symbolique sur le crédit prévu dans le budget 1985 à propos des 1,4 million pour les 75 aspirants gardes-frontières. J'invite ceux qui soutiennent la proposition rejetant ce crédit d'aller voir la situation de ce personnel, de se rendre au Tessin afin de constater les problèmes auxquels sont confrontés les gardes-frontières, ainsi que la population. L'entrée des criminels doit évidemment être empêchée par la police, mais, comme cela est

insuffisant, les gardes-frontières doivent également s'en occuper. De plus, il faut contrôler le trafic des stupéfiants et celui des capitaux, ceux-ci susceptibles de fournir quelques ressources à la Confédération. Ces tâches sont très importantes. Refuser le personnel pour leur accomplissement, c'est véritablement pratiquer une politique de courte vue, inacceptable et qui va à rencontre du discours que vous tenez sur la question de l'équilibre des finances fédérales. C'est la raison pour laquelle je demande une approbation formelle du rapport du Conseil fédéral concernant la réduction de l'horaire de travail. De plus, je soutiens les propositions raisonnables du Conseil fédéral demandant une augmentation de l'effectif du personnel dans les domaines utiles à l'Etat. Cela dit, j'émettrai quelques considérations sur le plan financier. Ce rapport - il ne pouvait évidemment pas en être autrement - reflète des orientations et des choix qui ne sont pas nouveaux et que nous avons critiqués à plusieurs reprises. Je me réfère ici à la volonté de subordonner à tout prix, ou presque, toutes les mesures financières de la Confédération à l'impératif comptable de l'équilibre budgétaire à obtenir le plus rapidement possible. Cela sans faire de différence entre dépenses de fonctionnement et dépenses d'investissements. Cet objet-ci soulève la question de la validité du modèle comptable de la Confédération dont on débattera ces prochains jours. Si pour les premières, il est juste de tendre vers un équilibre; pour les secondes, il est important de mieux évaluer les répercussions économiques et sociales de certaines mesures d'économies. A part cela, la

Budget de la Confédération 1985 1540 N 27 novembre 1984 caractéristique de ce rapport est de faire preuve d'un certain optimisme quant aux possibilités de réaliser finalement ce fameux équilibre. Toutefois, cet enthousiasme réclame de notre part diverses réserves, soit sur le plan des hypothèses considérées - d'autres l'ont déjà dit - soit sur celui des options choisies pour atteindre cet objectif. Au niveau des hypothèses, personne - même M. Stich - ne peut nier que les inconnues sont nombreuses et selon l'issue qu'elles auront de nature à modifier radicalement toute estimation trop optimiste. J'en rappelle quelques-unes déjà citées ici: la compensation de 200 millions pour les chemins de fer régionaux, les crédits pour le Léopard. Sur le plan des options choisies et par conséquent du prix demandé pour cette opération, je rappellerai encore la suppression des contributions de la Confédération aux bourses d'études (100 millions), les mesures d'économies 1984 sur lesquelles nous avons pris une décision ce matin dans un sens partiellement positif mais, je le rappelle, le Conseil des Etats doit encore se prononcer. Le miracle de l'équilibre financier ne sera donc possible qu'avec des mesures partiellement fort discutables. Une telle situation est due à l'insuffisance d'intérêt pour d'autres choix. C'est le cas notamment de l'harmonisation fiscale matérielle, surtout pour les personnes morales, le réexamen de l'importance du budget militaire et de la politique de l'arrosage pratiquée à l'occasion des transferts, en particulier dans le domaine de l'agriculture. Notre groupe prend acte de ce rapport qui, par ailleurs, donne des indications très intéressantes, mais avec beaucoup de réserves. Il a la conviction que l'optimisme affiché n'est pas du tout justifié, du moins tant que l'on refuse de modifier certaines orientations de la politique des recettes et des dépenses. De toute façon, à nos yeux, ce document a un prix fort discutable, particulièrement dans les domaines importants pour l'avenir du pays. Pour conclure, je vous soumets quelques remarques sur le budget 1985. Je ne répéterai pas les considérations d'ordre général que j'ai déjà exprimées et les critiques à l'égard du maintien de mesures fort discutables. Le budget souffre d'un déséquilibre qui tient en partie à l'incapacité ou à l'impossibilité du gouvernement de proposer des choix prioritaires quant à l'utilisation des moyens financiers de la Confédération. C'est ainsi que le budget du Département militaire fédéral continue à

absorber une part à notre avis exagérée, que se poursuit la politique d'arrosage en matière d'octroi de subventions de la Confédération, notamment dans le domaine agricole, et que la gravité de la situation de l'environnement ne se reflète pas dans le budget par des mesures concrètes et précises de nature financière indiquant une volonté d'agir rapidement et avec cohérence. Cependant, dans ce dernier cas, je prends acte, avec un certain plaisir, d'une série de mesures annoncées par le Conseil fédéral qui n'ont toutefois pas encore fait l'objet d'une estimation financière dont nous aurions connaissance. C'est pour ces raisons que notre groupe présentera plusieurs propositions concrètes touchant ces domaines et ayant pour but au moins d'indiquer d'autres orientations possibles. Nous proposerons en particulier de biffer le crédit prévu dans le budget 1985 de 100 millions pour le Léopard, et bien que le débat n'aura lieu que la semaine prochaine, de réduire les dépenses de la politique de constructions routières, afin d'augmenter notre appui au trafic public, d'accroître les crédits pour la politique en faveur du logement et pour la prévention en matière de santé. C'est en fonction de ces considérations que nous appuierons le rapport sur la réduction de l'horaire du personnel fédéral et les augmentations d'effectif. De plus, je le répète, nous ferons toute une série de propositions sur le budget 1985.

Ziegler: Es ist zu begrüßen, dass die Finanzkommission von ihrem sehr harten, in der Praxis kaum haltbaren Antrag vom August abgewichen und auf die Linie des Ständerates eingeschwenkt ist. Ich sehe in diesem Einschwenken das realistische Eingeständnis, dass die beantragte Arbeitszeitverkürzung ohne zusätzliches Personal nicht verkraftet werden kann. Wieviel zusätzliches Personal die Arbeitszeitverkürzung schliesslich erfordern wird, lässt sich heute, anderthalb Jahre vor dem Inkrafttreten der zweistündigen Arbeitszeitreduktion, noch nicht endgültig festlegen. Der Bundesrat hat Richtgrössen und voraussichtlich notwendige jährliche Rekrutierungskontingente berechnet. Weil sich die wirtschaftlichen, ebenso die verwaltungs- und betriebsinternen Rahmenbedingungen ständig wandeln, müssen auch die Personalbedarfszahlen laufend den neuesten Gegebenheiten angepasst werden. Es wäre wirklichkeitsfremd, wollte man einfach behaupten, der verhältnismässig bescheidene Personalmehrbedarf könnte durch zusätzliche Rationalisierungsmassnahmen und weitere Leistungssteigerung gänzlich vermieden werden. Beim Bund sind, anders als in der Privatwirtschaft, die unternehmerischen Freiheiten durch gesetzliche Leistungsaufträge eingeschränkt, und der Bürger erwartet vom Bund ein optimales Dienstleistungsangebot. Welcher Bürger wäre schon bereit, unzumutbare Verspätungen bei der Behandlung seiner Anliegen und Gesuche oder bei der Auszahlung von AHV- und Invalidenrenten hinzunehmen? Wie würden wohl unsere Landwirte reagieren, wenn ihnen Bewirtschaftungsbeiträge und andere Subventionen nicht mehr korrekt und fristgerecht ausbezahlt würden? Es ist erwiesen, dass der seit gut zehn Jahren wirksame Personalstopp in manchen Bereichen der Bundesverwaltung und der Bundesbetriebe auf allen Stufen zu recht harten Arbeitsbedingungen geführt haben. Ich bin deshalb der Auffassung, dass unser Rat für die Stellenbegehren, die mit der Arbeitszeitverkürzung begründet werden, grundsätzlich grünes Licht geben sollte; dies vorerst beim Zoll und den PTT-Betrieben, in einer späteren Phase auch bei den Unterhaltsbetrieben des Militärdepartementes. Angesichts der vielen Arbeitslosen und der damit verbundenen menschlichen Schicksale ist es auch unter arbeitsmarktpolitischen Gründen gerechtfertigt, dass wir die vom Bundesrat beantragten Stellen im Rahmen des Voranschlages bewilligen. Dieses zusätzliche Personal ist notwendig, wenn wir die Arbeitszeitverkürzung sinnvoll, human und ohne übermässigen Leistungsabbau vollziehen wollen. Ich ersuche Sie, vom Bericht des Bundesrates zustimmend Kenntnis zu nehmen, den angebehrten Personalkontingenten

im Sinne des Bundesrates, eventuell der Mehrheit der Finanzkommission, zuzustimmen und die Anträge von Kollege Gehen abzulehnen. Wagner: Ich spreche zur Arbeitszeitverkürzung. Ich habe mit Befriedigung von den Fraktionserklärungen Kenntnis genommen, das mit Ausnahme der Gruppe von Herrn Gehen und mit doch kräftigen Vorbehalten des Sprechers von der SVP. Ob es um mehr Lohn geht oder längere Ferien oder andere soziale Verbesserungen oder eben im jetzigen Moment um die Verkürzung der Arbeitszeit, man findet immer Argumente dafür und dagegen. Ich meine aber, dass es nicht immer notwendig wäre, dass die gleichen Leute immer mit den gleichen Argumenten hier ans Rednerpult treten. Ich verzichte darauf, ausländische Probleme zum Vergleich heranzuziehen. Ich vertraue auf den Bundesrat, dass er sich die Sache sicher recht gut überlegt hat, bevor er uns diesen Bericht zugestellt hat. Es gibt grundsätzliche Gegner einer Arbeitszeitverkürzung. Sie haben das gute Recht, Ihre Argumente hier zu vertreten. Jene scheinen mir viel schlimmer zu sein, die vordergründig so tun, als wären sie für die Arbeitszeitverkürzung, und auf der anderen Seite eine Stellenvermehrung strikt ablehnen. Sie sollten offen und ehrlich zugeben, dass man vom Bundespersonal verlangt, die kürzere Arbeitszeit durch erhöhte Arbeitsleistung zu kompensieren. In der Metallindustrie kennen wir die 42-Stunden-Woche schon seit einigen Jahren. Es ist bereits vertraglich abgemacht (und unterzeichnet!), dass vom Jahre 1986 an Hunderttausende von Arbeitnehmern in der Metallindustrie die

27. November 1984 N 1541 Voranschlag der Eidgenossenschaft 1985 41-Stunden-Woche und ab 1988 die 40-Stunden-Woche haben werden. In der Privatindustrie konnte die Verkürzung der Arbeitszeit weitgehend durch die Maschine und durch den Automaten ausgeglichen werden. Wer sich in der Bundesverwaltung einigermaßen auskennt, muss aber feststellen, dass auch in dieser Verwaltung in den letzten Jahren die Automation, der Computer, eingeführt wurde, und dessen Auswirkungen kennen wir! Denn nur so konnte der grosse Arbeitsanfall, den wir als Parlamentarier gelegentlich produzieren helfen, verarbeitet werden. Dazu hat der von Ihnen beschlossene Personalstopp auch seine Spuren hinterlassen. Die Stellenreserven sind weitgehend aufgebraucht, und eine, kürzere Arbeitszeit kann nur durch mehr Personal aufgefangen werden. Wir können dem Volke doch nicht glaubhaft machen, dass wir ohne eine Personalvermehrung die wöchentliche Arbeitszeit um zwei Stunden verkürzen können. So dumm sind doch die Leute nicht! Trotz der 44-Stunden-Woche hatten wir alle Jahre die Wünsche der Departemente für mehr Personal auf unseren Pulten. Sie wissen doch ganz genau, dass zum Beispiel modernere Waffen nicht nur mehr Geld kosten, sondern sie erfordern auch mehr Wartungspersonal, mehr Instruktoren. Man könnte meinen, die Arbeitszeit werde schon auf den 1. Januar des kommenden Jahres Wirklichkeit. Es geht ja noch anderthalb Jahre, bis die Beschlüsse, die wir zu fassen haben oder zur Kenntnis nehmen können, wirklich greifen. Wir brauchen die ausländischen Beispiele nicht. Ich habe das bereits erwähnt. Wir schätzen eine treue Beamtenschaft, auf die wir jederzeit zählen können. In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, vom Bericht des Bundesrates Kenntnis zu nehmen. Herr Oehen will vom Bericht nicht einmal Kenntnis nehmen, oder er lehnt ihn rundweg ab. Als Herr Oehen noch Bundesangestellter war, war er anscheinend zufrieden mit der 44-Stunden-Woche. Er hat jedenfalls hier im Parlament nie reklamiert und gesagt, er möchte gerne länger arbeiten. Auf der anderen Seite will Herr Oehen die Grenzen überall dicht machen und ist nicht einmal bereit, das notwendige Zolpersonal zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, man sollte korrekt sein. Ich möchte Sie also bitten, den Antrag von Herrn Oehen abzulehnen und vom Bericht des Bundesrates zustimmend Kenntnis zu nehmen. M. Magnin: Je voudrais tout

d'abord souligner, à propos de la situation financière de la Confédération, qu'elle est loin d'être aussi mauvaise que certains le prétendent de manière intéressée, ceci afin de continuer à imposer une politique de restriction des dépenses, de soi-disant économie, l'équilibre du budget devenant un but en soi. Il faut d'ailleurs rappeler que cet équilibre, relatif pour l'essentiel, ne s'obtient pas grâce à de véritables économies, mais bien par des transferts de charges. Je ne les mentionnerai pas tous ici, mais je tiens à souligner le fait que la nouvelle répartition des charges entre la Confédération et les cantons coûtera au canton de Genève un peu plus de 100 millions par année. N'oublions pas non plus le fait que la suppression des subventions qui sont dues à ce canton pour l'aéroport de Cointrin, en relation avec ce que touche le canton de Zurich pour Kloten, diminuera ses disponibilités d'environ 130 millions. Ces chiffres ont été donnés récemment à la députation genevoise aux Chambres fédérales, par le ministre des finances du canton de Genève M. Robert Ducret, conseiller aux Etats, et je pense que l'on peut s'y fier. Voilà comment se pratique, dans une certaine mesure, l'assainissement des finances de la Confédération. En effet, si Genève perd de cette façon environ 230 millions, ce seront les contribuables genevois qui seront appelés à combler cette différence. Il n'y a donc pas là d'économies mais transfert des charges. D'autre part, nous savons quelles sont les conséquences que doivent supporter les assurés des caisses-maladie, à la suite de la diminution des subventions. Là aussi, il ne s'agit pas d'économies réelles, mais simplement de transfert de charges au détriment des assurés. Cette politique antisociale est d'autant moins justifiée que l'on dépense sans compter pour l'armée, comme vient de le préciser M. Carobbio. En effet, au cours de la présente session, on nous demandera de voter d'un bloc un crédit de 3,5 milliards pour l'achat de 380 tanks. Et là, on ne discutera guère sur ces sommes astronomiques! Si j'affirme que la situation financière de la Confédération ne justifie pas une telle politique - politique à courte vue d'ailleurs dans un certain nombre de domaines, en particulier dans celui des investissements, lesquels lorsqu'ils sont reportés réapparaissent quelques années après - c'est notamment parce qu'une statistique qui vient d'être publiée par l'Office fédéral de la statistique le prouve: la situation financière de la Confédération n'a cessé de s'améliorer au cours de ces dernières années, puisque l'endettement de la Confédération par rapport au produit national brut est tombé, en trente ans, de 44 pour cent à 12 pour cent. Il y a donc là un sérieux assainissement des finances fédérales. Cet assainissement se fait malheureusement trop souvent sur le dos de ceux que je viens de mentionner. Cependant, il est le reflet de la réalité. Aujourd'hui, comme l'a relevé M. Carobbio, le budget qui nous est présenté est relativement optimiste, puisqu'il ne tient pas compte d'un certain nombre de dépenses qui vont encore intervenir. En conclusion, je dirais que même si le déficit budgétaire devait s'élever à 1 milliard, la situation n'apparaîtrait pas du tout comme catastrophique, surtout, je le répète, si l'on compare l'endettement actuel par rapport au produit national brut. Ces remarques m'amènent tout naturellement au projet de réduction de la durée du travail du personnel de la Confédération. Ce projet comporte certes des aspects autres que financiers, et ceux qui s'y opposent ne le font pas uniquement pour des raisons financières. Mais je tiens à dénoncer une fois de plus l'hypocrisie des personnes qui, n'osant plus s'opposer aussi ouvertement qu'il y a deux ans à la réduction de la durée du travail du personnel fédéral, veulent tout simplement rendre impossible celle-ci en refusant l'engagement du personnel indispensable à cette réduction d'horaire. Le Conseil fédéral a d'ailleurs déjà largement cédé à leur pression, en ramenant ses engagements de 4100 à 1880 unités, courant ainsi le risque d'augmentation du stress et également de réduction de certaines prestations, ce que les mêmes milieux qui font pression sur le Conseil fédéral pour

limiter strictement les engagements s'empresseront de dénoncer comme des carences de la part des grandes régies publiques. Il semble cependant que l'on parvienne aujourd'hui à une sorte de compromis des compromis, que, de part et d'autre, on nous invite à accepter. Il s'agit de la proposition du Conseil des Etats avec tout ce qu'elle comporte d'aléas, d'incertitudes et de possibilités de pressions diverses dans le but de retarder, si ce n'est l'entrée en vigueur de la réduction de la durée du travail des employés de la Confédération, en tout cas les engagements indispensables de personnel pour faire face à cette même réduction. En ce qui nous concerne, nous pensons que le personnel de la Confédération doit trouver que la plaisanterie n'a que trop duré et qu'il s'agit aujourd'hui de se prononcer clairement, sans équivoque et sans se réfugier derrière des questions formelles, en approuvant le rapport du Conseil fédéral qui prévoit à la fois la réduction de la durée du travail du personnel fédéral et les moyens de la réaliser. Pour une fois, nous sommes d'accord avec le Conseil fédéral Mme Christinat: Le Parlement joue visiblement à cache-cache à propos de la diminution de l'horaire du personnel. Le débat d'aujourd'hui ne permettra pas à mon avis d'y voir un peu plus clair, car tous ceux qui y sont opposés vont rester dans le flou, comme l'a très justement relevé dans son intervention M. Salvioni. En ce qui me concerne, je pense pourtant que la semaine de 42 heures devra tôt ou tard être accordée au personnel de la Confédération car c'est une échéance inéluctable.

Budget de la Confédération 1985 1542 N 27 novembre 1984 Dans certains milieux patronaux on a peur que l'exemple des fédéraux donne de mauvaises idées aux employés et ouvriers du secteur privé. Chacun sait cependant que de nombreux salariés font déjà 42 heures, voire moins, et c'est très bien ainsi. Ce n'est en tout cas pas le personnel fédéral qui est en tête du peloton des privilégiés. Il l'est d'autant moins que le Conseil fédéral est un patron qui est constamment sous la surveillance d'un autre patron, à savoir le Parlement. Il est donc dans l'impossibilité d'honorer ses engagements et les accords conclus avec les représentants du personnel, ses décisions étant constamment remises en question. Certes, surtout en ces temps difficiles, la sécurité de l'emploi est appréciée et appréciable, mais il faut comparer ce qui est comparable. Pendant de longues années, la Confédération a moins bien payé ses employés que le secteur privé mais on ne s'en est guère ému. Aujourd'hui, la roue a tourné et le chômage a fait son apparition. De là à prétendre que les fonctionnaires fédéraux ont bien de la chance, il y a un pas qu'il ne faudrait pas franchir trop vite. La semaine de 42 heures nécessitera obligatoirement des engagements supplémentaires et, par la force des choses, quelques entorses au plafonnement du personnel. Ce dernier, que d'aucuns considèrent comme l'œuvre maîtresse du Parlement, a toutefois des limites car, dans bien des secteurs, des forces nouvelles de travail sont indispensables pour assurer la bonne marche de la machine administrative. Si l'on s'obstine à maintenir ce plafonnement de manière rigide, il faudra certainement envisager de sérieuses diminutions de prestations de nos régies nationales. Aux CFF, ce sera la suppression de la desserte de quelques lignes régionales, la fermeture de certaines gares et des horaires de moins en moins cadencés. Aux PTT, ce pourrait être la fermeture des guichets avancée à 18 heures, la suppression de la deuxième distribution des lettres, éventuellement la fermeture des guichets le samedi matin. Cette liste est loin d'être exhaustive; toutefois, à voir le tollé soulevé par l'annonce de restrictions dans la distribution du courrier, on s'aperçoit que la réduction de certaines prestations se heurtera à une solide opposition. La Commission des finances a d'ailleurs lâché du lest face à ces projets et octroyé un certain nombre d'agents aux PTT - j'espère qu'ils les utiliseront. Dans les milieux qui prônent la privatisation de certaines tâches confiées aujourd'hui à la Confédération, il est possible que ces réductions ne soient pas

vues d'un mauvais œil car elles jetteraient un discrédit bienvenu sur les activités du secteur public. M. Basler nous a encore suggéré cette solution tout à l'heure. Je vous rappelle aussi une certaine motion, transformée en postulat, et dont, j'espère, on n'en-tendra plus parler, mais sait-on jamais! Il existe déjà des entreprises privées qui assurent une distribution rapide tous azimuts de documents de toute nature. C'est pourquoi j'espère que la situation se clarifiera au cours des débats et qu'une majorité se prononcera dans chaque cas en faveur de la diminution de l'horaire du personnel, soit en acceptant le rapport du Conseil fédéral, soit en votant les montants inscrits au budget qui en permettent la réalisation.

Eisenring: Ich habe nur einige allgemeine Bemerkungen aufgrund der langjährigen Erfahrungen in diesem Rate anzufügen. Die erste Feststellung geht dahin, dass wir vom Prinzip der Fortschreibung im Budget eigentlich nicht weg- gekommen sind, trotz allen Bemühungen, dem Voranschlag den Charakter eines aufgelockerten und nach Gewicht bemessenen Budgets zu geben. Man könnte sich die Kritik sehr einfach machen und gewisse Dinge anhand von Einzel- positionen dem Parlament kritisch vor Augen führen. Seit Jahren gibt es beispielsweise eine militärische «Zuchtan- stalt» auf dem Zugerberg, und seit Jahren findet dort auch Seelsorge statt. Im letzten Jahr sind gemäss Rechnung für die Seelsorge in der Anstalt auf dem Zugerberg nun genau 68 Franken ausgerichtet worden. Ich möchte den Bundesrat fragen: Wieviel Seelsorge gibt es bei ihm für 68 Franken? (Heiterkeit) Dieser Posten hat sich in der Zwischenzeit bud- getmässig 1985 verdreifacht auf 200 Franken. Die nächste Frage wäre, ob sich die Seelsorge des Bundesrates da im gleichen Umfang verbessert! Ich habe dieses Beispiel nicht der Lächerlichkeit halber herausgegriffen, aber es ist lächer- lich, wie und was wir gelegentlich budgetieren und was wir unter budgetmässiger Diskussion verstehen! Zweite Bemerkung: Wir haben jahrelang einen Kampf geführt gegen die sogenannten Nachtragskredite. Mit Mühe und Not brachten wir es fertig, die Nachtragskredite zu senken. Wir sind nun leider aber wieder in eine Phase eingetreten - über die letzten Jahre gesehen -, dass die Nachtragskredite wieder eine viel grössere Bedeutung erlangen. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass der bun- desfinanzpolitische Schlendrian jeweils bei den Nach- tragskrediten beginnt und wir schliesslich den Haushalt überhaupt nicht mehr in Händen haben. Diese Situation erlebten wir während der goldenen sechziger und siebziger Jahre. Dritte Bemerkung: Heute früh hat sich wieder das Schau- spiel der sogenannten Sparmassnahmen abgespielt. Von Sparen ist hier überhaupt nicht die Rede. Wir versuchen lediglich, Ausgaben auf die Kantone zu verlagern, statt endlich den Mut zu haben, Aufgaben, die der Bund ausführt oder ausführen sollte und mit denen die Kantone gar nichts zu tun haben, endlich zu streichen. Wir haben eine jahre- lange Diskussion hinter uns: Sparmassnahmen bei den Sub- ventionen um 10 oder dann um 5 Prozent. Wir sind mit dieser Übung am Ende angelangt. Über die Zweckmässig- keit möchte ich mich nicht äussern. Ich möchte Ihnen indes- sen zu bedenken geben, dass es wesentlich wäre, wenn wir jetzt ein anderes «System» des Sparens einschalten würden. Unser Bundesstaat ist seit je davon ausgegangen, dass wir ordnungspolitische Prinzipien verfolgen. Die Trennung zwi- schen Staat und Nichtstaat war recht eindeutig. Der soziale Ausgleich ist über angemessene Sozialleistungen des Staa- tes erfolgt. Aber was wir in den letzten Jahren ins Budget mitaufgenommen und durch einzelne Beschlüsse vorgängig gutgeheissen haben, sind zum grossen Teil Massnahmen, die ordnungspolitisch eben nicht in Ordnung sind! Es würde sich lohnen, wenn wir eine Liste - ich bin sonst nicht für Arbeitsbeschaffung in der Bundesverwaltung - aller jener Positionen im Bundesbudget erhalten könnten, die ordnungspolitisch nicht vertretbar sind oder mindestens als fragwürdig bezeichnet werden müssen. Dann könnten wir dort Abstriche vornehmen und

gewisse Herren und Damen zur Beachtung der sonst verkündeten ordnungspolitischen Prinzipien aufrufen. Ich habe früher einmal angeregt, dass man bei neuen Vorlagen einen Zusatz beifügt über deren finanzielle und persönliche Konsequenzen für Bund und Kantone. Dieser Grundsatz ist in der Tat dann eingeführt worden. Ich möchte nun den Bundesrat bitten, bei allen künftigen Vorlagen einen weiteren und zusätzlichen Abschnitt einzufügen. Darin wäre zu erklären, ob die von ihm uns unterbreiteten Vorschläge ordnungspolitisch zu vertreten sind oder nicht. Was ordnungspolitisch nicht mehr zu vertreten ist, ist künftig einfach abzulehnen. Ich habe zwar keinen Antrag zu stellen. Ich nehme allerdings an, dass Sie die Fortschreibungen in den kommenden Budgets im bisherigen Rahmen weiter «vollziehen» werden!

M. Clivaz: Nous savons tous ici que la Suisse ne figure pas dans le peloton de tête en matière de réduction de la durée du travail. En Europe, les quarante heures sont appliquées dans la plupart des pays; on se prépare même aux trente-cinq heures qui sont déjà entrées dans les faits ici ou là. Il n'y a pas de risque que notre pays rattrape demain le retard dans ce domaine malgré les progrès qui ont été réalisés ces derniers temps dans le secteur privé et que M. Renschler, en particulier, a déjà évoqués tout à l'heure. La proposition, qui nous est faite par le Conseil fédéral de réduire de 44 à 42 heures la durée du travail du personnel de la Confédération à partir du 1er juin 1986, ne consistera, dans le fond, qu'à appliquer au personnel de la Confédération ce qui a été réalisé dans le secteur privé. On tiendra donc

27. November 1984 N 1543 Voranschlag der Eidgenossenschaft 1985 compte du principe qui veut que les professions comparables du secteur privé et de la Confédération soient traitées à peu près de la même manière. Si l'on regarde un peu la situation dans les cantons et les communes, on constate qu'en Suisse romande et au Tessin, les horaires sont en général inférieurs à 44 heures par semaine. Le canton de Genève est même descendu à 41 heures, si je suis bien renseigné. La Confédération ne brûle donc pas les étapes en matière de réduction de la durée du travail. Ici, dans ce Parlement, en 1982, d'ailleurs, on a reconnu le bien-fondé de la demande du personnel mais on a estimé que le moment n'était pas encore venu. Deux ans plus tard, en 1984, on n'invoque plus cet argument mais on conteste l'augmentation des effectifs. Or, il faut le souligner ici, rien n'est prévu pour l'administration centrale, ni pour les services administratifs des CFF et des PTT. On ne propose des augmentations de personnel que pour les services extérieurs à l'administration centrale. La proposition de ne pas adapter les effectifs n'est pas sérieuse, il faut bien le dire, car on pourrait alors se demander ce que l'on a fait jusqu'ici en matière d'organisation du travail. M. Oehen a émis, tout à l'heure, des considérations philosophiques sans doute intéressantes en ce qui concerne la réduction du temps de travail. Il a notamment dit que cette réduction n'est pas un but en soi. C'est vrai, la réduction doit avoir pour objectif d'améliorer les conditions de vie et de travail du personnel. Cependant, notre collègue est arrivé, lui, à une curieuse conclusion car il combat toute réduction de la durée du travail. On peut lui demander ce que feraient à l'avenir les administrations des entreprises de la Confédération si elles continuaient à exiger de leur personnel 44 heures alors que l'industrie privée en arrive de plus en plus aux 40 heures. Je voudrais aussi revenir sur les remarques faites par M. Basler. Si la situation du personnel de la Confédération était aussi mirobolante qu'il le dit, on se demande pourquoi les CFF, notamment, rencontrent encore autant de difficultés à recruter du personnel qualifié. Il a cité des chiffres concernant les salaires. Or, il n'y a pas si longtemps, j'ai évoqué ce problème avec M. Blocher, qui n'est pas là aujourd'hui; nous sommes arrivés à la conclusion extrêmement intéressante que la moyenne des dépenses de personnel dans l'entreprise de M. Blocher était pratiquement, à

quelques centaines de francs près, la même que celle que reçoit le personnel des CFF. Il n'y a donc à cet égard absolument pas de privilège pour les agents de la Confédération. M. Basler a aussi parlé de la répartition des tâches entre l'Etat et l'industrie privée. Je voudrais lui faire remarquer que la Suisse ainsi que le Japon comptent le nombre le plus faible de personnes au service de l'Etat par mille habitants. Nous avons 48 personnes par mille habitants occupées par l'Etat en Suisse; il y en a 78 aux Etats-Unis, 95 en Angleterre, 139 au Danemark et 160 en Suède. Nous sommes donc encore très loin d'une situation qui ne serait plus supportable pour l'Etat. En conclusion, je vous invite vivement à entrer en matière sur le rapport qui nous est présenté par le Conseil fédéral. Le moment est vraiment venu de ramener la durée du travail du personnel de la Confédération de 44 à 42 heures. On l'a dit tout à l'heure, ce régime des 44 heures existe déjà depuis 1968. J'insiste encore une fois pour qu'un nouveau pas soit fait dans la direction de la réduction du temps de travail!

Nauer: Noch während meiner Lehrzeit Ende der zwanziger Jahre hatte ich wöchentlich 52 Stunden zu arbeiten. Seither ist die wöchentliche Arbeitszeit sukzessive auf 44 Stunden und weniger reduziert worden. Heute tasten wir uns generell an die 42-Stunden-Woche heran, nachdem in unseren Nachbarländern die 40-Stunden-Woche und weniger längst zur Regel geworden ist. Wir könnten uns also an die Brust klopfen und stolz darauf hinweisen, dass wir Schweizer nach wie vor fleissiger seien als unsere Nachbarn. Nun zeigt sich aber je länger, je mehr, dass die Wirtschaft die gleichen, 195-N ja sogar höheren Produktionsleistungen mit immer weniger Menschen erbringt, dies auch in unserem Land. Alle Zeichen deuten darauf hin, dass inskünftig mit Wirtschaftswachstum allein kaum mehr eine Vollbeschäftigung zu erreichen sein wird. Die Reduktion der Arbeitszeit verteilt daher die Last aus dem ungenügenden Arbeitsangebot auf alle Schultern. Hinzu kommt, dass jede kürzere Arbeitszeit ein Stück Humanisierung bedeutet, mit der die ständige Verdichtung der Arbeit ausgeglichen wird. In einer Zeit, da unsere Strategie zur Erhaltung und Bereitstellung von Arbeitsplätzen einzubetten ist in eine Kombination von wirtschaftlichem Wachstum und Arbeitszeitverkürzung, hört sich die Zustimmung zur Reduktion der Arbeitszeit beim Bundespersonal auf 42 Stunden äusserst merkwürdig an, wenn sie mit der Bedingung verknüpft wird, die Personalbestände dürften unter keinen Umständen vermehrt werden. Eine Blockierung der Personalbestände führt zwangsläufig zu einer neuerlichen Überlastung und letztendlich zu einem Dienstleistungsabbau oder gar zu Überzeitleistungen. Die Forderung nach der 42-Stunden-Woche ist nicht überrissen, sondern eine logische und vernünftige Anpassung an die heutige Produktivität. Meines Erachtens hat das Bundespersonal ein Anrecht darauf, dass ihm die Verkürzung der Arbeitszeit wirklich etwas bringt. Ein weiterer Rationalisierungsdruck, gepaart mit einem Leistungsabbau als Folge der Arbeitszeitverkürzung, ist weder logisch noch zumutbar. Ich ersuche Sie daher, vom Bericht des Bundesrates zustimmend Kenntnis zu nehmen und im weiteren dem Zusatzantrag von Kollege Salvioni Folge zu geben.

Flubacher: Sie werden wohl kaum damit rechnen, dass ich mich hier jetzt für Arbeitszeitverkürzung, für längere Ferien und alles mögliche einsetzen werde. Wenn Sie die Arbeitszeit verkürzen wollen, so können Sie das von mir aus tun. Wir mussten in unseren Betrieben auch mit dem gleichen Personal trotz Arbeitszeitverkürzung grössere Leistungen erbringen, um noch konkurrenzfähig zu sein. Vor zwei Jahren hat der Bundesrat 4200 Stellen wegen der Arbeitszeitverkürzung verlangt. Damals hatte er auf seinem Tisch bereits neue Begehren des Föderativverbandes mit 4100 weiteren Stellen. Wenn wir damals nicht interveniert hätten, hätten wir heute über 8000 Bundesbeamte mehr. Heute verlangt der Bundesrat rund 1800 neue Stellen und begründet das mit den Rationalisierungserfolgen. Ich muss aber

sagen: Der Abbau des Stückgutverkehrs ist keine Rationalisierung, sondern ein Leistungsabbau, ebenso der Abbau der zweiten Postzustellung, den ich auch begrüße. Das ist keine Rationalisierung, sondern ein Leistungsabbau. Wir diskutieren hier überhaupt nicht über die 42-Stunden-Woche, sondern wir diskutieren über die 39,5-Stunden-Woche. Das andere sind 2,5 Stunden Pause, die das Bundespersonal hat. Ich möchte immerhin feststellen, dass noch heute in der Schweiz durchschnittlich mehr als 43 Stunden gearbeitet wird. Man kann da nicht von einer Diskriminierung des Bundespersonals sprechen. Wir müssen auch die volle Sicherheit des Arbeitsplatzes, die grosse soziale Sicherheit berücksichtigen. Ich möchte sie nicht anzweifeln, ich bin sogar dafür. Dann die hohen Arbeitgeberbeiträge des Bundes an die Pensionskassen (bis 19 Prozent): Ich kenne keinen schweizerischen Betrieb, auch nicht die Banken, die so viel einwerfen könnten. Dann die längeren Ferien. Ich muss Ihnen sagen, ich bin Anhänger von längeren Ruhepausen, aber man kann nicht immer zweierdreieisig fahren. Ich mag dem Bundespersonal seine Ferien von Herzen gönnen. Längere Erholungsphasen sind wichtig. Ich hätte immer eine Arbeitszeiterleichterung, eine Arbeitszeitverkürzung für die über 60jährigen für richtig befunden, aber da scheint man aus politischen Überlegungen alles über den gleichen Leisten zu schlagen. Es ist für einen jungen Mann absolut kein Problem, zwei Stunden oder drei mehr oder weniger zu arbeiten. Das hat mit seinem inneren Wohlbefinden nichts zu tun. Es gibt aber ein anderes Problem: die Belastung des Führungspersonals vom Gruppenchef bis zum Direktor, der nicht sagen kann: Ich

Budget de la Confédération 1985 1544 N 27 novembre 1984 habe jetzt die 42-, 41- oder 40-Stunden-Woche. Er muss seine Arbeit trotzdem leisten. Ich will noch auf ein Problem zurückkommen, das ich schon lange - Herr Clivaz - hier angekreidet und auf das ich noch nie eine Antwort erhalten habe, weder vom Personalamt noch vom Bundesrat: Ich habe in bezug auf die Arbeitszeitverkürzungen verschiedene Besuche in Bundesbetrieben gemacht. Ich finde es ungerecht, wenn zum Beispiel die SBB-Werkstätten 44 Stunden arbeiten, das Personal der privaten Metallbetriebe aber nur 42 Stunden. Also arbeiten die SBB-Leute zwei Stunden länger als die der privaten Wirtschaft. Nach Ansicht der Generaldirektion der SBB haben sie keine Pausen, doch sie haben auch Pausen, sie haben die Kurzpausen, die auch in der privaten Metallindustrie üblich sind. Aber sie arbeiten real zwei Stunden länger. Jetzt verkürzen wir auf 42 Stunden. Die privaten Metallbetriebe werden aber dann schon weiter unten sein, allerdings mit einer gewissen Lohnvereinbarung, dass das Personal daran etwas zu tragen hat. Also die Pausen sind gleich, aber die Arbeitszeiten sind nicht gleich. Ich frage mich: Kann man das verantworten, dass die einen noch 39,5 Stunden effektive Arbeitszeit haben und die anderen 42? Ich möchte den Bundesrat anfragen, doch diese Sache jetzt einmal abzuklären. Es ist auch nicht in Ordnung, dass die Rüstungsbetriebe kürzere Arbeitszeiten haben als die Leute in den SBB-Werkstätten. Auf das übrige SBB-Personal möchte ich nicht eingehen. Das Thema würde hier viel zu weit führen. Ich hoffe aber, dass ich darauf, auf diese Frage, einmal Auskunft erhalte. Dass Arbeitszeitverkürzung und gleichzeitige Verlängerung der Pausen so arbeitsleistungsfördernd sind, wie der Föderativverband uns geschrieben hat, dazu möchte ich selbstverständlich ein grosses Fragezeichen machen. Sonst müssten wir ja einfach die Pausen verlängern, um eine höhere Produktivität zu erreichen. Nun kommt noch etwas: Die drohenden Töne des Föderativverbandes in bezug auf die Ämterklassifikationsänderung hören wir alle paar Jahre - wie es Flüsse gibt, die alle paar Jahre über die Ufer treten. Das hat aber mit einer echten Umverteilung, weil der Arbeitsplatz sich verändert hätte, nichts zu tun. Es geht einfach um versteckte Reallohn-

erhöhungen. Das geben übrigens die Gewerkschaften auch zu; aber sie erklären, das sei ihre einzige Möglichkeit, um mehr zu erreichen. Ein Mechaniker, der es noch vor 20 Jahren von der 18. Besoldungsklasse mit 60 Jahren höchstens in die 17. Besoldungsklasse schaffen konnte, vermag heute bis in die 14. und 13. Besoldungsklasse aufzusteigen: Das gönne ich ihm von Herzen. Ich habe viel Verständnis für diese Leute im Überkleid, ich habe es selbst sehr lange getragen. Aber man muss auch einmal zufrieden sein. Ich wiederhole: Ich kann Ihnen den Beweis erbringen, dass das Bundespersonal besser gestellt ist als der Durchschnitt des privat arbeitenden Personals. Auch das mag ich dem Personal gönnen. Ich möchte aber doch alle bitten, mit dem dauernden Gejammer ein für allemal aufzuhören und zu akzeptieren, dass auch wir grosszügig waren, indem wir den Ämterklassifikationsänderungen bisher immer zugestimmt haben. Aber im heutigen Moment, Herr Clivaz, könnte ich es nicht tun: Mir sind die Bundesfinanzen wichtiger.

Seiler: Zuerst möchte ich eigentlich mit Freude feststellen, dass die Arbeitszeitverkürzung im Grundsatz in diesem Saale nicht mehr bestritten ist. Aber €ss gibt mir zu denken, wie man sich zum Teil die Durchführung dieser Arbeitszeitverkürzung vorstellt. Das ist nämlich weniger erfreulich. Ein wesentlicher Gesichtspunkt für eine Verkürzung der Arbeitszeit, der Humanisierungsaspekt, wird mehr und mehr, und vor allem in der heutigen Diskussion fast vollständig übersehen. Die Christlichen Bundespersonalgewerkschaften - ich spreche als deren Präsident - haben die Verkürzung der Arbeitszeit in erster Linie unter diesem Aspekt postuliert. Das Ziel ist nicht die Arbeitszeitverkürzung an sich, sondern ist die Erleichterung der Arbeit. Diese Zielsetzung ist aber nur zu erreichen, wenn die Entlastungswirkungen einer verkürzten Arbeitszeit nicht zugleich durch zunehmende Arbeitsintensität und -verdichtung wieder rückgängig gemacht werden. An einer so verstandenen Arbeitszeitverkürzung, die den Leistungsdruck erhöht und die Arbeitsbedingungen wegen Mehrbelastung verschlechtert, schwindet unser Interesse. Nun zum neuen Antrag der Finanzkommission: Er sei nicht mehr so hart formuliert, wurde gesagt; die Vermutung liegt nahe, dass hier nur Worte- und nicht der Geist gewechselt haben. Das zeigen die Äusserungen des Präsidenten und verschiedener Fraktionssprecher, indem sie eben sagen, dass die ursprüngliche Forderung in der Formulierung zu hart sei oder dass Sondermassnahmen, Sonderanstrengungen zu vollziehen seien, damit das Ziel der Arbeitszeitverkürzung ohne Stellenvermehrung erreicht werden könne. Nun ist immerhin positiv zu werten, dass der neue Antrag flexibler ist gegenüber dem ursprünglichen Beschluss. Auch den Antrag von Herrn Salvioni kann man durchaus als nützliche Verdeutlichung akzeptieren. Aber das Problem der Arbeitszeitverkürzung ist damit nicht befriedigend gelöst. Man schiebt die damit verbundenen Fragen nur vor sich her. Bei jeder Budgetdebatte werden wir jetzt das Feilschen um Stellenvermehrungen erleben. Herr Biel hat vorher gesagt, Budgetdebatten seien ein Gezänk um Franken. Neu werden sie auch noch ein Gezänk um Stellen sein! Das ist doch ein eher unwürdiges Spiel für Parlament und Regierung. Das Parlament spielt hier den «obersten Personalchef». Eine vernünftige, flexible Personalpolitik, die den arbeitsmässigen Anforderungen wie den Betroffenen gerecht wird, ist damit aber nicht möglich. Zudem stellt sich hier ganz dringend die Frage des Vertrauens in unsere Regierung. Wenn das Parlament Kompetenzen an den Bundesrat delegiert hat, sollte das gleiche Parlament die Durchführung der entsprechenden Beschlüsse der Regierung nicht derart erschweren, wie dies bei diesem Geschäft praktiziert wird. Der Bundesrat verdient mehr Vertrauen! Herr Basler hat angeregt, man solle aussenstehende Organisationen beiziehen, denn dann würden sicher mehr Stellen freigespielt. Hat man in solche Organisationen, in «Hayeks» - nennen wir sie

beim Namen - mehr Vertrauen als in unsere Regierung? Das gibt mir zu denken, denn solche Organisationen gewinnen dadurch ein politisches Gewicht - Bei- spiele zeigen es -, das ihnen nicht zusteht und nicht zuste- hen darf. Herr Gehen hat zuerst die alten Beschlüsse (die alten Anträge) der Finanzkommission vom vergangenen Herbst zitiert. Sie haben die falsche Fahne erwischt - aber es ist ja nicht das erste Mal, dass Sie einen Missgriff tun. Ich bitte um Kenntnisnahme vom Bericht des Bundesrates und vor allem darum, bei den künftigen Diskussionen um die notwendige Erhöhung des Personalbestandes nicht nur an die Franken, sondern auch an die Menschen zu denken. Schwarz, Berichterstatter: Ich möchte mich darauf beschränken, noch kurz aus der Sicht der Finanzkommis- sionsmehrheit zum Thema Arbeitszeitverkürzung einige Klarstellungen vorzunehmen. Wir haben festgestellt - Herr Seiler hat es soeben auch bestätigt -, dass Herr Oehen von einem alten Antrag der Finanzkommission ausgegangen ist. Herr Ziegler hat den neuen Antrag falsch interpretiert, und Herr Seiler hat eigent- lich unseren neuen Antrag auch nicht besonders hoch ein- gestuft, obschon er seinem eigenen Antrag entspricht. Ich glaube, es ist also Zeit, dass wir nochmals versuchen, Ausle- geordnung zu machen. Ursprünglich lagen der Finanzkommission ein Mehrheits- und ein Minderheitsantrag vor und dazu der Antrag Salvioni. Die Kommissionmehrheit wollte Kenntnis nehmen, aber keine personellen Konsequenzen ziehen; die Kommissions- minderheit wollte Kenntnis nehmen, aber nicht in dieser harten Formulierung, sondern nur in dem Sinne, dass sie gesagt hat: «Der Bundesrat soll sich bemühen, dass unter Umständen die von ihm vorgesehenen Konsequenzen nicht gezogen werden müssen.» Schliesslich hatten wir den

27. November 1984 N 1545 Voranschlag der Eidgenossenschaft 1985 Antrag Salvioni, der den Antrag des Ständerates ergänzt hat. Nachdem das Geschäft in der Herbstsession im Nationalrat nicht behandelt werden konnte, sind noch zwei weitere Anträge eingegangen, ein Antrag Renschier und ein Antrag Seiler, beide identisch mit dem ursprünglichen Antrag von Herrn Ständerat Weber, der vom Ständerat übernommen worden ist. Aufgrund dieser Situation und vor allem deshalb, weil man nun im Zusammenhang mit dem Budget 1985 konkret über die effektiven Stellenbegehren diskutieren kann, hat die Finanzkommission einhellig die Auffassung vertreten, wir würden uns dem Antrag des Ständerates anschliessen, weil es wohl keinen grossen Sinn hat, noch ein grosses Differenzbereinigungsverfahren zu provozieren. Also sind wir alle der gleichen Auffassung in diesem Saal. Wir schliessen uns alle dem Antrag des Ständerates an. Nun hat Herr Salvioni noch einen Zusatzantrag gestellt. Ich bin zwar etwas überrascht. Gemäss dem Protokoll der zwei- ten Sitzung der Finanzkommission hat er dort nicht auf diesem Zusatzantrag beharrt. Ich ging also von der Voraus- setzung aus, dass auch er sich der Finanzkommission ange- schlossen hat. Weil er nun diesen Zusatzantrag vertreten hat, sehe ich mich gezwungen, dazu kurz Stellung zu neh- men. Ich finde ihn überflüssig, und ich glaube, das entspricht auch der Auffassung der Finanzkommission. In dieser Formulierung des Ständerates wird ausdrücklich hin- gewiesen auf das Bundesgesetz über Massnahmen zur Ver- besserung des Finanzhaushaltes und die dort formulierte Feststellung über die Plafonierung. Was nun Herr Salvioni dazusetzt, ist eine unvollkommene Wiedergabe dieses Pas- sus, daher scheint es mir so nicht ganz richtig. Wenn schon, dann müsste man diesen Abschnitt über die Plafonierung vollständig zitieren, sonst entstehen Rechtsunsicherheiten. Damit hier die Situation klar ist, möchte ich nochmals vorle- sen, worauf man sich in Zukunft zu stützen hat, wenn Personalbegehren im Sinne von Aufstockungen vorge- bracht werden. Der Hinweis auf Artikel 2 - Stellenplafonie- rung - lautet wie folgt: «Die jährlichen Durchschnittsbe- stände an Personalstellen der Departemente, der Bundes- kanzlei, des

Schweizerischen Schulrates, der Alkoholverwaltung, der Rüstungsbetriebe, der PTT-Betriebe, der Schweizerischen Bundesbahnen und der Eidgenössischen Gerichte unterstehen der Plafonierung.» Absatz 2 nennt die Bedingungen: «Die Durchschnittsbestände werden jährlich im Bundesbeschluss über den Voranschlag festgelegt. Sie werden gegenüber dem Vorjahr gesenkt, wenn die Verhältnisse es gestatten. Sie können nur erhöht werden, wenn der Stellenbedarf nicht durch Massnahmen der Rationalisierung, durch den Abbau bestehender Aufgaben oder durch Stellenverschiebungen innerhalb der Verwaltungseinheiten aller Stufen oder zwischen den Departementen gedeckt werden kann.» Ich werde dann im Detail bei der konkreten Position Stellenaufstockung darauf eingehen, ob diesen Bedingungen entsprochen wurde oder nicht.

M. Bonnard, rapporteur: Tout d'abord, je voudrais préciser que le groupe libéral votera le budget. Par sa proposition de renvoi, M. Oehen souhaite deux choses. Il voudrait d'abord l'équilibre du budget, comme nous tous. Pour cela, il faudrait parvenir, selon lui, à 200 à 300 millions de recettes supplémentaires ou à 200 à 300 millions d'économies supplémentaires. Il est aisé de lui répondre que cela est tout simplement impossible dans le cadre d'un budget. Il faudrait en effet modifier au préalable des dispositions légales et nous n'en avons manifestement pas le temps. Dans ce sens, la proposition de renvoi de M. Oehen n'est pas acceptable. M. Oehen souhaiterait également qu'on augmente les dépenses militaires d'un montant de l'ordre de 120 millions. Il est préoccupé par la mauvaise répartition, selon lui, des dépenses militaires entre dépenses courantes et dépenses d'investissement. Visiblement, M. Oehen n'est pas au courant de la réalité qui est la suivante: en 1975, les dépenses courantes absorbaient 57,2 pour cent des dépenses militaires et les dépenses d'investissement 42,8 pour cent. En 1985, la proportion est exactement inversée, les dépenses courantes ne représentant plus que 46 pour cent et les investissements en revanche presque 54 pour cent. Cette évolution découle de la volonté du Département militaire, du Conseil fédéral, de la Commission des affaires militaires et de la Commission des finances. A tous ces niveaux, on a voulu, depuis dix ans, privilégier les investissements par rapport aux dépenses courantes, c'est précisément ce que vous demandez. On est allé aussi loin que possible dans cette direction. Votre proposition, Monsieur Oehen, est tout simplement irréaliste, car vous ignorez - ce n'est pas un reproche, vous ne siégez pas à la Commission des affaires militaires - que chaque fois que nous avons fait des dépenses d'investissement en faveur d'armements beaucoup plus sophistiqués, chaque fois que nous avons décidé de construire de nouvelles casernes - et nous en avons construit beaucoup ces dernières années - les frais d'exploitation ont en même temps augmenté dans une proportion considérable. Nous ne pouvons plus aujourd'hui nous permettre de modifier la proportion actuelle, si tant est que nous arrivions à la maintenir. En ce qui concerne la réduction de l'horaire de travail, je voudrais d'abord préciser que nous n'avons pas à traiter ici de la question de savoir s'il faut décider d'une durée de travail de 44 ou 42 heures; cela ne relève pas de notre compétence, mais de celle du Conseil fédéral. Nous devons nous prononcer exclusivement sur les problèmes de personnel qui peuvent en découler. Vous avez reçu un rapport du Conseil fédéral et nous sommes en présence de quatre propositions: la première, soutenue par le Conseil fédéral et M. Carobbio, demande de prendre acte du rapport en l'approuvant; la deuxième, celle de M. Oehen demande de prendre acte du rapport en le désapprouvant; la troisième émane de la Commission des finances et préconise le ralliement au Conseil des Etats; c'est-à-dire qu'elle propose de prendre acte du rapport et de renvoyer, pour le surplus, à l'article 2 des dispositions de la loi concernant des mesures propres à améliorer les finances fédérales; enfin, celle de M. Salvioni préconise un

amendement à la proposition de la Commission des finances. Aussi étrange que cela puisse paraître, je traiterai d'abord toutes ensemble les propositions du Conseil fédéral, de M. Carobbio et de M. Oehen. Dans la mesure où il s'agit de la fixation de l'horaire de travail, nous n'avons pas à approuver ou à désapprouver sur ce point le gouvernement, la question étant, je l'ai déjà dit, de la seule compétence du Conseil fédéral. En revanche, s'agissant des effectifs du personnel, nous sommes compétents. En vertu d'une disposition légale tout à fait précise que notre président a rappelée tout à l'heure - le fameux article 2 de la loi instituant des mesures destinées à améliorer les finances fédérales - nous devons nous prononcer chaque année sur les effectifs des personnes dans le cadre de la discussion du budget. Cette procédure est conforme au principe constitutionnel du budget annuel, qui se trouve ancré à l'article 85, chiffre 10 de la constitution fédérale. En vertu de ce principe, nous ne pouvons pas nous, Assemblée fédérale, nous lier aujourd'hui pour le budget de 1986 ou de 1987, nous ne pouvons prendre que des décisions relatives au budget de 1985. Dès lors, si nous approuvons le rapport du Conseil fédéral, nous prendrions en fait une décision concernant non seulement le budget de 1985 mais aussi ceux de 1986 et de 1987, ce qui n'est pas conforme à la constitution. Je vous demande donc de ne pas vous prononcer sur la question de savoir si vous approuvez ou non le rapport du Conseil fédéral, mais simplement de dire si vous en prenez acte, ce que nous vous invitons à faire. Reste la proposition de M. Salvioni, qui me paraît au fond superflue, inutile. Le Conseil des Etats renvoie expressément à l'article 2 de la loi qui précise exactement sous quelles conditions les effectifs du personnel peuvent être augmentés. Dans sa proposition, M. Salvioni ne dit pas un mot de plus que les dispositions de la loi, il en dit plutôt moins. Je ne suis pas absolument sûr qu'il n'y ait pas une petite intention derrière cette omission. La loi, je vous le rappelle, dit d'abord: «Les effectifs sont fixés chaque année

Budget de la Confédération 1985 1546 N 27 novembre 1984 dans l'arrêté sur le budget; ils sont inférieurs à ceux de l'année précédente si les circonstances le permettent; ils ne sont supérieurs que...». Cela indique quand même - et notre collègue n'en a pas parlé dans sa proposition - l'esprit dans lequel il faut gérer le plafonnement des effectifs. Autrement dit, la proposition de M. Salvioni n'ajoute rien et nous vous demandons de la rejeter et d'adopter finalement celle du Conseil des Etats. Hier wird die Beratung dieser Geschäfte unterbrochen Le débat sur ces objets est interrompu Schluss der Sitzung um 12.50 Uhr La séance est levée à 12 h 50

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Voranschlag der Eidgenossenschaft 1985 Budget de la Confédération 1985 In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1984 Année Anno Band V Volume Volume Session Wintersession Session Session d'hiver Sessione Sessione invernale Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio nazionale Sitzung 02 Séance Seduta Geschäftsnummer 84.052 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 27.11.1984 - 08:00 Date Data Seite 1527-1546 Page Pagina Ref. No 20 012 932 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.